

# Institut für beratende Sozial- und Wirtschaftswissenschaften - Gerhard Weisser-Institut - e.V.

---

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt in den Regionen. Gemeinsamer Workshop des Gerhard Weisser-Instituts und der Friedrich-Ebert-Stiftung  
September 2023**

**Zusammenfassender Bericht**

**Dieter Rehfeld**

## **Worum geht es? Zielsetzung des Workshops**

Thomas Hartmann vom Referat „Demokratie, Gesellschaft, Innovation“ (DGI) der Friedrich-Ebert-Stiftung ging in seiner Begrüßung darauf ein, dass der Begriff des Zusammenhalts in der Sozialdemokratie oft benutzt wird, sei es als Appell für mehr Zusammenhalt bei gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen oder als Überbegriff für verschiedene Politikansätze, die ein besseres Miteinander bewirken sollen. Gemeinhin gilt Zusammenhalt aber auch als eine der Voraussetzungen für gesellschaftlichen Frieden und für das Funktionieren der Demokratie. Es sind krisen- und konfliktreiche Zeiten auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt. Er verwies daher dabei auch auf die soeben veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Die Studie zeigt, dass 8 Prozent der Befragten der Mitte-Studie 2022/23 eine klar rechtsextreme Orientierung zeigen, was gegenüber dem Niveau von knapp 2 bis 3 % in den Vorjahren einen erheblichen Anstieg bedeutet (<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-202>).

Vor diesem Hintergrund hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung auf einen Suchprozess begeben, um die Ursprünge und Dimensionen des Begriffs „Zusammenhalt“ zu erörtern, den aktuellen Forschungsstand zu begreifen und die öffentliche Debatte abzubilden, im Sinne

einer „Kartografie des Zusammenhalts“. (Impulspapier <https://www.fes.de/studie-zusammenhalt-in-vielfalt>)

Zudem ist vor kurzem der 3. Sozioökonomische Disparitätenbericht 2023 der FES erschienen. Der Bericht geht der Frage nach, inwieweit sich regionale Unterschiede in den vergangenen Jahren gefestigt oder verändert haben. Er knüpft dabei an die Disparitätenberichte von 2019 und 2015 an und blickt erstmals auch auf die Zukunftsfestigkeit der Regionen. Der Bericht liefert sowohl eine umfassende Bestandsaufnahme über die sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland, als auch über die Zukunftsfähigkeit, die Transformation hin zu einem klimaneutralen Wirtschaften zu meistern und leitet daraus zehn politische Handlungsempfehlungen ab (<https://www.fes.de/ungleiches-deutschland>).

Dieter Rehfeld, Vorsitzender des Gerhard-Weisser Instituts, stellte dar, warum bei dieser Problematik die regionale bzw. lokale Ebene in diesem Workshop näher betrachtet werden soll. Regional zeigen sich deutliche Unterschiede in den Lebenschancen, diese werden auch als solche wahrgenommen und verdichten sich in einigen Regionen zu wachsenden Ressentiments. Gleichzeitig bildet die lokale bzw. regionale Ebene auch den Rahmen, in dem direkte Beteiligung unmittelbar möglich und erfahrbar ist, in dem durch Zukunftsgestaltung demokratisches kooperatives Handeln möglich ist, ein Aspekt,

der gerade in Zeiten gesellschaftlicher Transformation grundlegend ist.

### **Was bedeutet „Gleichwertige Lebensverhältnisse“?**

Rainer Danielzyk, Generalsekretär der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) und Universitätsprofessor für Landesplanung und Raumforschung am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover, setzte sich im ersten Teil seines Vortrags mit dem Ziel „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ auseinander. Er verwies darauf, dass dieses Ziel zwar in Art. 72 [2] GG) festgelegt ist, dass es sich aber eher um eine ultima ratio handelt, die die Bundesregierung dann zum Handeln legitimiert, wenn eine existentielle Vernachlässigung droht oder die Rechtseinheit gefährdet ist.

In den Raumwissenschaften ist „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ spezifischer gefasst und zielt darauf ab, hier verwies er auf einen Beitrag von Ossenbühl aus dem Jahr 1977, für „jeden Bürger einen bestimmten Mindeststandard an Leistungen und Infrastruktur zur Verfügung“ stellen.

Auch wenn „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ seit den 1970er Jahren Leitvorstellung der Raumordnung ist und auch entsprechend im Raumordnungsgesetz verankert ist, so unterliegt die Aufmerksamkeit für dieses Ziele im Laufe der Zeit doch immer wieder politischen Konjunkturen.

So wurde das Ziel „Gleichwertige Lebensbedingungen“ in den Jahren der „Deregulierungseuphorie“ kritisiert, ein Rückbau staatlicher Aktivitäten gefordert. Durch die deutsche Einheit erhielt die Frage nach gleichwertigen Lebensbedingungen eine neue Aufmerksamkeit und steht aktuell, gerade nachdem das Thema wieder in den Hintergrund getreten war, unter dem Stichwort „abgehängte Regionen“ wieder im öffentlichen Interesse. Dies verdeutlicht eine Untersuchung von Andres Rodriguez-Pose, der

unter dem Titel „the revenge of places that don't matter“ aufzeigt, dass gerade in den abgehängten Regionen Europas eine populistische Revolte gegen den politischen Status-quo stattfindet, die sich weniger auf soziale Aspekte, denn auf die räumliche Verortung gründet.

### **Veränderungen in der politischen Aufmerksamkeit**

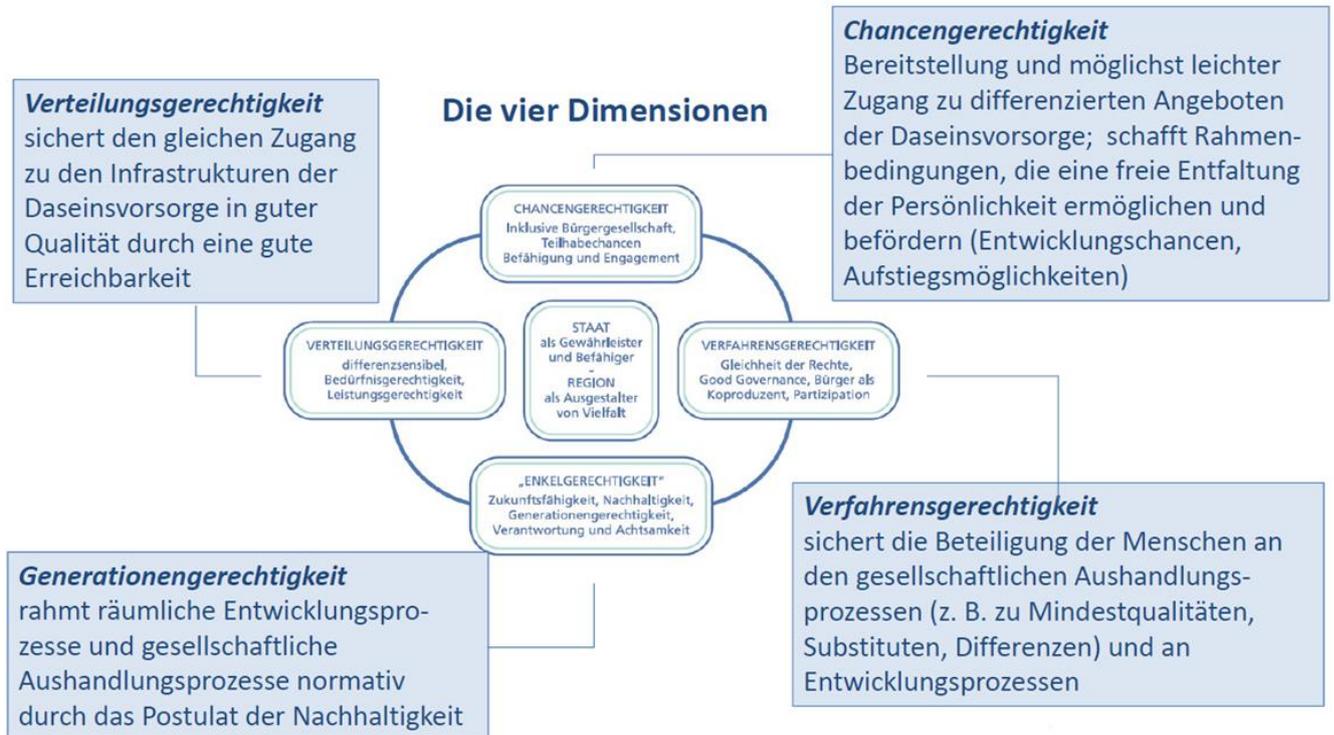
Bezogen auf die jüngsten politischen Maßnahmen argumentierte Danielzyk, dass in den Jahren der großen Koalition (2017 – 2021) eine Vielzahl von Aktivitäten („Unser Plan für Deutschland“ / Regierungskommission Gleichwertige Lebensverhältnisse; Behördendekentralisierung; Gesamtdeutsches Fördersystem usw.) angestoßen wurden, das Thema auch vor dem Hintergrund der Diskussion um „Heimat“ hohe politische Priorität erhalten hat. Auch in der jetzigen Ampelkoalition stehen einzelne Aktivitäten bezogen auf die raumordnerischen Probleme auf der Tagesordnung, generell äußerte Rainer Danielzyk aber den Eindruck, dass der Aspekt der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ angesichts der Herausforderungen insbesondere der industriellen Transformation, aber auch der angespannten Wohnungsmärkte wieder in den Hintergrund der politischen Aufmerksamkeit gerät.

### **Der europäische Rahmen**

Weiterhin verwies er auf die wachsende Bedeutung des europäischen Rahmens. Ein Daseinsvorsorgekonzept das zwischen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (z. B. Verkehrswesen, Energie, Kommunikation usw.) und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (z. B. Bildung, Gesundheit, Polizei usw.) unterscheidet, eine verschärfte Beihilfekontrolle in der Strukturpolitik, die territoriale Kohäsion als eines der drei Ziele der EU sowie die Territoriale Agenda 2030: „für ein Grünes und Gerechtes Europa“ wurden als wesentliche Rahmenbedingungen hervorgehoben.

## Dimensionen räumlicher Gerechtigkeit

Räumliche Gerechtigkeit hat, i.S. von Koppers, Miosga u.a. (2018, S. 30) umfassend verstanden, vier Dimensionen:



Nach: Koppers, L.; Miosga, M.; Sträter, D.; Höcht, V.; Hafner, S.; Koschny, W.; War, S. (2018): Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Landtags im Rahmen der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen.

[https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet\\_Dokumente/Sonstiges\\_P/EK-Lebensverhaeltnisse-Auftragsstudie\\_raeuml.\\_Gerechtigkeit.pdf](https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK-Lebensverhaeltnisse-Auftragsstudie_raeuml._Gerechtigkeit.pdf)

Diese Dimensionen machen auch deutlich, dass Gleichwertigkeit nur mit einem komplexen Indikatorensetz zu quantifizieren ist und ein etwa dem BSP vergleichbarer, einfacher Indikator nicht in Sicht ist. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Präferenzstrukturen von Individuen und Haushalten durchaus unterschiedlich sind. Hinzu kommt, dass messbare Ungleichheit und das subjektive Empfinden von Ungerechtigkeit nicht zwangsläufig zusammenfallen.

Er gab zu überlegen, ob nicht eine Verankerung gleichwertiger Lebensbedingungen als Staatsziel im Grundgesetz der Bedeutung räumlicher Gerechtigkeit als (räumlichem) Ausdruck des sozialstaatlichen Selbstverständnisses der

Bundesrepublik angemessen wäre. Dies lässt sich damit begründen, dass soziale und räumliche Prozesse interagieren. Ressourcen sind räumlich unterschiedlich verteilt, dies führt zur sozialräumlichen Segregation und hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebenslagen. Die daraus resultierende räumliche verfestigte Ungerechtigkeit erweist sich als sehr langlebig.

### Differenziertes Bild räumlicher Ungleichheit

Hiervon ausgehend stellte Rainer Danielzyk die räumlichen Ausprägungen von Indikatoren zur Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosenquote, Binnenwanderung, Haushaltsentwicklung und weitere aggregierte Indikatoren etwa zu zukünftigen Herausforderungen vor. Er macht

deutlich, dass es sich insgesamt um ein sehr differenziertes Bild räumlicher Ungleichheit handelt, dass schon lange nicht mehr mit gängigen Gegensätzen wie Süd-Nord, Ost-West oder Stadt-Land erklärbar ist.

Sollen diese Indikatoren für regionale Entwicklungsstrategien nutzbar gemacht werden, so ist die Bezugsgröße zu beachten. In der Regel handelt es sich um Durchschnittswerte bzw. Abweichungen vom Durchschnitt, denkbar wären aber auch Mindeststandards oder Sollwerte.

### **Regionale Entwicklungsstrategien**

Im letzten Teils seines Vortrags ging Rainer Danielzyk auf regionale Entwicklungsstrategien, die auf Gleichwertigkeit abzielen, ein. Auch wenn Regionalentwicklung nicht rechtlich klar definiert ist, so lassen sich doch zwei zentrale Ansatzpunkte erkennen. Hierbei handelt es sich zum einen um die Sicherung der Daseinsvorsorge, was auch den Aspekt der Teilhabe einschließt, zum anderen um Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem zur Innovationsfähigkeit.

Rainer Danielzyk versteht Regionalentwicklung über einzelne Ansätze hinausgehend als Querschnittsaufgabe, die verschiedene Sektoralpolitiken und Ebenen verknüpfen sollte. Förderansätze sollten darauf abzielen, Akteure und Netzwerke zu aktivieren, von daher sieht er Maßnahmen und Projekte auf der Basis von Regionalentwicklungskonzepten, möglichst getragen von einem eigenständigen Regionalmanagement für Kooperationsräume, als ideal an. Als positive Beispiele für derartige integrative Ansätze verweist er auf das ehemalige Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, auf das Südniedersachsenprogramm oder auf die Regionalen in NRW.

Mangelnde Finanzen sieht er – zumindest bislang - nicht als Problem, vielmehr stoßen integrative Ansätze vielfach auf Schwierigkeiten wie Ressortkonkurrenz und

unzureichende föderale Abstimmung. Die zentrale Herausforderung für derartige Ansätze sieht er in einer Verstetigung, die über die Förderperiode hinaus wirksam bleibt.

### **Fazit: räumliche Gerechtigkeit als Ausdruck sozialstaatlicher Verantwortung**

In seinem Fazit hob Rainer Danielzyk noch einmal die Notwendigkeit hervor, gleichwertige Lebensbedingungen bzw. räumliche Gerechtigkeit als Ausdruck sozialstaatlicher Verantwortung zu verstehen, der heterogenen Raumentwicklung bzw. einer territorialen Vielfalt Rechnung zu tragen, regionale Entwicklungsstrategien als Zusammenspiel zwischen lokalen Initiativen und staatlicher Verantwortung zu konzipieren und die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie die damit verbundenen Aufgaben kompetent bewältigen können.

### **Gesellschaftliche Innovationsfähigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Anna Butzin, Projektleiterin im Forschungsschwerpunkt Innovation, Raum und Kultur des Instituts Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, thematisierte gesellschaftlichen Zusammenhalt und gesellschaftliche Innovationsfähigkeit als widersprüchliche Beziehung. Hintergrund des Vortrags bildet ein vom BMBF gefördertes Projekt über gesellschaftliche Innovationsfähigkeit.

Unter „Gesellschaftlicher Innovationsfähigkeit“ wird dabei im Anschluss an die Definition des BMBF die Fähigkeit der Gesellschaft verstanden, Neuerungen hervorzubringen und diese in besonderer Weise auch auf die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen auszurichten sowie gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. Es geht allerdings nicht allein darum, gesellschaftliche Beteiligung an Forschungspolitik und Forschung zu stärken, sondern auch, die sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Grundlagen der ‚Innovationsgesellschaft‘ von morgen zu ergründen.

Dieses Verständnis zielt stark darauf ab, die Mission 6 der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation zu konkretisieren und „Gesellschaftliche Resilienz, Vielfalt und Zusammenhalt“ zu stärken. Im Rahmen des Projekt liegt der Schwerpunkt auf regionale gesellschaftliche Innovationsfähigkeit. Hierunter werden die Kapazitäten eines Raumes im Zusammenspiel von Akteuren und Institutionen verstanden, die den Resonanzboden dafür bilden, neue Lösungen entlang gesellschaftlicher Herausforderungen zu initiieren, mitzutragen und zu verstetigen, wodurch ein Prozess des transformativen Wandels angestoßen wird.

Anna Butzin diskutierte die damit bestehende Beziehung zwischen gesellschaftlicher Innovationsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt aus drei Perspektiven.

### **Experimentelle Nischen als Herausforderung für gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Zunächst ging es um experimentelle Nischen in urbanen Räumen. Experimentelle Nischen sind „Reallabore, also Test- und Experimentierumgebungen in der realen Welt, die auf dem Open-Innovation-Ansatz basieren und zu gleichen Teilen das Testen und Designen von Technologien, Nachhaltigkeitsinnovation und sozialen Routinen verfolgen.“ Derartige Innovationstätigkeiten sollen durch das geplante Reallabore-Gesetz bürokratisch-rechtlich gesichert werden und spielen in der Projektförderung des BMBF eine wesentliche Rolle.

Der experimentelle Charakter derartiger Nischenprojekte bringt einen ergebnisoffenen Ansatz mit sich. Ergebnisoffenheit verhindert eine strikte Planung und eine geradlinige Umsetzung. Es sind viele Akteure beteiligt, und es ist im Vorfeld unklar, welche Akteure oder Personen sich beteiligen, wie lange und mit welchen Kompetenzen.

Anna Butzin argumentierte, dass die Förderung gesellschaftlicher Innovation über Nischen, Reallabore und Living Labs

ungeachtet des partizipativen Ansatzes nicht hinreichend trägt und der gesellschaftliche Zusammenhalt durch solche Nischen herausgefordert wird, weil sich an ihren Rändern Konfliktlinien auftun. Sie sieht derartige Nischen nicht als Ursache für die gegenwärtigen Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind, aber durchaus als ein Rädchen im Getriebe der gegenwärtigen Polarisierungsbewegungen. Es handelt sich um eine elitäre Form gesellschaftlicher Innovations- und zunehmend auch Klimapolitik, die in der Nische verbleibt und keine gesellschaftliche Durchdringung mit sich bringt.

Von daher verwoet Anna Butzin, auf Überlegungen, das Experimentieren zugunsten von (früheren) Politik- und Planungsmodellen aufzugeben wird, die stabiler und weitreichender in ihren Auswirkungen sind. Notwendig wäre eine Neuausrichtung der Förderpolitik, die nicht nur auf Nischen setzt, sondern auch stärker versucht eine kollektive Dimension zum Ziel hat.

### **Progressive Werte im Stadt-Land-Gefälle**

Daran anschließend stellte Anna Butzin eine weltweite Studie vor, die nach einem Stadt-Land-Gefälle bei den progressiven Werten fragt (Davide Luca u.a., Urban Research, Sept. 2023<sup>1</sup>). Gefragt wurde unter anderem nach familiären Werten und Toleranz, nach Geschlechtergerechtigkeit und nach Einstellungen gegenüber Einwanderung.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Wohnort eine signifikante und aussagekräftige Korrelation mit dem Index progressiver Werte aufweist, was darauf hindeutet, dass Städte tatsächlich Pole des progressiven Denkens sind. Weiterhin lässt sich zeigen, dass zwischen der Höhe des Einkommens und progressiven Einstellungen

---

<sup>1</sup> Luca, D., Terrero-Davila, J., Stein, J., & Lee, N. (2023). Progressive cities: Urban–rural polarisation of social values and economic development around the world. *Urban Studies*, 60(12), 2329-2350. <https://doi.org/10.1177/00420980221148388>

ein positiver Zusammenhang besteht. Interessant ist auch, dass sich die Kluft zwischen Städten und ländlichen Gebieten sich mit dem Grad des materiellen Wohlstands vergrößert.

### **Vernachlässigte Räume und Phasen der Verbitterung**

Dies führt zu der Frage nach vernachlässigten Räumen, die in der aktuellen geographischen Diskussion um Verbitterung und hohen Zustimmungswerten für populistische Parteien eine wichtige Rolle einnehmen. Hierbei verwies sie auf ein Phasenmodell, das von Kollegen und Kolleginnen aus dem wirtschaftsgeographischen Institut in Jena erarbeitet und in einer aktuellen Studie<sup>2</sup> veröffentlicht wurde.

Ein gemeinsamer Nenner für Verbitterung bildet ein "Hauptauslöser", d. h. entweder ein einzelner Faktor oder eine Reihe miteinander verbundener Ereignisse, die einen Bruch des regionalen Entwicklungspfades verursachen. Hauptauslöser sind z.B. der Niedergang von für die Region prägenden Industrien, der mit einer hohen Anzahl verlorener Arbeitsplätze einhergeht oder ein einprägsames Erlebnis wie der Fall der Mauer.

Wenn sich, so die Argumentation weiter, die Bewältigung dieses Ereignisses als problematisch erweist und die regionale Resilienz schwach ist, es keine oder nur wenig gesellschaftliche Innovationsfähigkeit gibt, kann dies erhebliche Auswirkungen auf die etablierten sozioökonomischen Beziehungen haben oder diese in weiten Teilen der Bevölkerung in Frage stellen.

Wenn die Erwartungen und Hoffnungen, die an die Bewältigung eines Hauptauslösers und seiner Folgen geknüpft werden, in großem

Umfang enttäuscht und grundlegende Überzeugungen in Frage gestellt oder verletzt werden, können in dieser Phase verschiedene Arten von individueller Verbitterung auftreten. Diese artikulieren sich zunächst meist im unmittelbaren Umfeld der betroffenen Akteure, wie familiären Netzwerken und engen sozialen Beziehungen (z. B. Freunde, enge Arbeitskollegen), weshalb sie von außen kaum wahrnehmbar sind.

In dieser Phase machen sich das Gefühl der Enttäuschung und eine zunehmende Verfestigung der Verbitterung breit. Verärgert über den aus ihrer Sicht unangemessenen politischen Umgang mit den Folgen des auslösenden Ereignisses und über die zunehmenden sozialen Ungleichheiten sehen sich zahlreiche Akteure als Opfer und beginnen, etablierte politische Parteien, Strukturen und Prozesse in Frage zu stellen. Durch diese Dynamik und die Wirkung möglicher erneuter (kleinerer) Ereignisse wird die Verbitterung zum Gegenstand des öffentlichen informellen und formellen Diskurses in der Region, z. B. in den lokalen Medien, in den Belegschaften und in Unternehmens- und anderen regionalen Netzwerken.

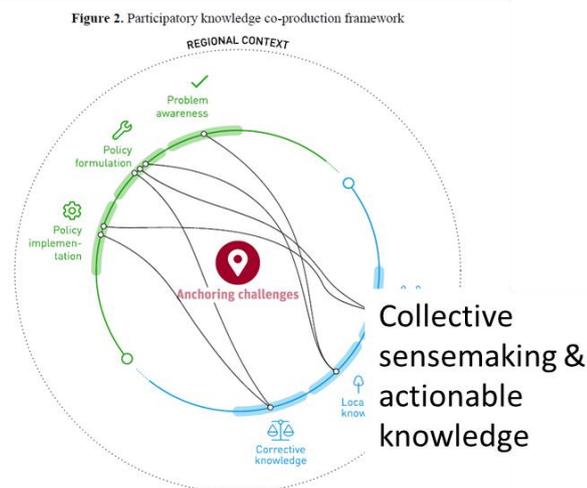
### **Neuausrichtung der Förderung gesellschaftlicher Innovationsfähigkeit**

Abschließend verwies Anna Butzin auf das Projekt Innovation City als ein Beispiel, in dem es gelungen ist, einen breit von der Bevölkerung akzeptierten Wandel anzustoßen, ohne dass Konfliktlinien verschärft wurden oder sich Menschen abgehängt fühlen.

---

<sup>2</sup> Matthias Hannemann, Sebastian Henn & Susann Schäfer (2023) Regions, emotions and left-behindness: a phase model for understanding the emergence of regional embitterment, *Regional Studies*, <https://doi.org/10.1080/00343404.2023.2218886>

# Collective sensemaking



Butzin, Anna / Rabadjieva, Maria / Terstriep, Judith (eingereicht): Civil society participation and knowledge coproduction in challenge-based regional innovation policies. Eingeladener Beitrag im Special Issue "The Geography of Missions" herausgegeben von: Coenen, Lars; Wanzenböck, Iris; Uyarra, Elvira. Environmental Innovation and Sustainability Transitions.

Notwendig wird es also, gesellschaftliche Innovationsfähigkeit jenseits von Nischen konzeptionell und empirisch weiter ausarbeiten. Dazu gehört auch, Best practice zu sammeln und Instrumente zu erarbeiten, wie breite Akzeptanz (durch Mitmachen!) für Transformation gefördert werden kann und damit einer chronischen Verbitterung vorbeugt werden kann. Nicht zuletzt schließt das mit Verweis auf die dargestellt Wertekluff ein, Aspekte des Wandels/der Transformation jenseits urbaner Zentren stärker in den Fokus rücken.

## Leuchttürme der Transformation, Zuversicht und breite Beteiligung

Martin Hennicke, ehemaliger Abteilungsleiter Politische Planung in der Staatskanzlei NRW und Mitglied AK Strukturpolitik der FES gab einen ersten Impuls für die abschließende Diskussion. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten. Generell geht er davon aus, dass es grundlegend ist, Zuversicht zu schaffen, Vision zu erklären. Zuversicht sollte auf realen Erfolgen aufbauen. Als Beispiele nannte er

etwa die jüngsten Industrieansiedlungen im Osten, die durchaus als Leuchttürme der Transformation angesehen werden können.

Weiterhin argumentierte er, dass die Verflechtung verschiedener politischer Ebenen als „Komplexitätsfalle“ wirke, Verantwortlichkeiten nicht erkennen lasse bzw. undurchschaubar blieben. Beteiligung sieht er als zentral an, wobei Beteiligung nicht als Elitenprojekt verstanden werden darf sondern breit angelegt in überschaubaren Räumen stattfinden sollte. Neben der Region als Ort der Beteiligung, hier verweist er auf Innovation City und das 5 Gigawatt-Projekt im rheinischen Revier, bildet auch die Arbeitswelt einen solchen Ort der Beteiligung, der durch Tarifrecht und Mitbestimmung gestärkt werden sollte.

## Leuchttürme der Transformation, Zuversicht und breite Beteiligung

Martin Hennicke, ehemaliger Abteilungsleiter Politische Planung in der Staatskanzlei NRW und Mitglied AK Strukturpolitik der FES gab einen ersten Impuls für die abschließende Diskussion. Im Mittelpunkt stand dabei die

Frage nach den Handlungsmöglichkeiten. Generell geht er davon aus, dass es grundlegend ist, Zuversicht zu schaffen, Vision zu erklären. Zuversicht sollte auf realen Erfolgen aufbauen. Als Beispiele nannte er etwa die jüngsten Industrieansiedlungen im Osten, die durchaus als Leuchttürme der Transformation angesehen werden können.

Weiterhin argumentierte er, dass die Verflechtung verschiedener politischer Ebenen als „Komplexitätsfalle“ wirke, Verantwortlichkeiten nicht erkennen lasse bzw. undurchschaubar blieben. Beteiligung sieht er als zentral an, wobei Beteiligung nicht als Elitenprojekt verstanden werden darf sondern breit angelegt in überschaubaren Räumen stattfinden sollte. Neben der Region als Ort der Beteiligung, hier verweist er auf Innovation City und das 5 Gigawatt-Projekt im rheinischen Revier, bildet auch die Arbeitswelt einen solchen Ort der Beteiligung, der durch Tarifrecht und Mitbestimmung gestärkt werden sollte.

### **Kommunen als Nukleus des Wandels**

Sonja Knobbe, strategische Leitung International Center for Sustainable and Just Transformation Universität Witten/Herdecke konnte auch auf ihre Erfahrungen als Leiterin der Stabstelle Zukunft der Stadt Gladbeck zurückgreifen. Für sie sind Kommunen als Nukleus des Wandels anzusehen und entsprechend, gerade auch finanziell, auszugestalten. Auf der kommunalen Ebene bietet sich die Möglichkeit, gesellschaftliche Probleme auf das Erfahrbare herunterzubrechen. Durch eine partizipative und inklusive Bearbeitung derselben kann die Selbstwirksamkeit der Beteiligten gestärkt werden und Ohnmachtsgefühlen, welche gesellschaftliche Spaltung oft verschärfen, entgegen gewirkt werden. Dabei ist der Aspekt der Inklusivität wichtig – es muss sichergestellt werden, dass möglichst viele und diverse Perspektiven bei Beteiligungsprojekten zusammenkommen und auch Gehör finden.

Sonja Knobbe kritisierte, dass Beteiligungsprojekte in der Praxis entgegen dem eigenen Anspruch oft wenig inklusiv und eher Elitenprojekte seien. Um ihr Potential entfalten zu können, sollten sie nicht nur breit angelegt sein und frühzeitig stattfinden, sondern auch dialogorientiert und transparent gestaltet sein. Sonst laufen sie in Gefahr, das eigentliche Ziel nicht nur zu verfehlen, sondern das Gegenteil zu bewirken – ein Anwachsen der Frustration und des sich „Nicht gehört Fühlens“. Um diese Ansprüche aber realisieren zu können, sind entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen notwendig, die in kommunalen Haushalten oft nicht gegeben sind.

### **Aktive Beteiligung Zivilgesellschaft**

Ein Thema der abschließenden Diskussion bildete die Rolle der Zivilgesellschaft. Betont wurde, dass diese unterschiedlich im ländlichen und im urbanen Raum ausgeprägt ist. Dies führte zur Diskussion, inwieweit zivilgesellschaftliche Aktivitäten auch einen exklusiven, damit ausschließenden Charakter haben könnten, eine Frage, die tiefergehender Untersuchung bedarf.

Einigkeit bestand darin, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten einen positiven Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten können, etwa auch in Form von genossenschaftlichen Aktivitäten. Den Hintergrund für die Diskussion um zivilgesellschaftliche Aktivitäten bildeten unterschiedliche Auffassungen über die Rolle des Staates. Während auf der einen Seite Skepsis gegenüber einer Ausweitung staatlichen Aktivitäten bestand, wurde auf der anderen Seite betont, dass schon allein aufgrund des aufgestauten Bedarfs an sozialen und technischen Infrastrukturinvestitionen eine weitere Ausweitung der Staatsquote in den kommenden Jahren unumgänglich ist.

### **Räumliche Differenzierung und räumliche Handlungsmöglichkeiten**

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die Unterscheidung zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Deutlich wurde, dass es den einheitlichen ländlichen Raum nicht gibt, dass es sowohl innerhalb ländlicher wie auch innerhalb urbaner Räume deutliche Unterschiede in Entwicklungsstand und -perspektive gibt. Weiterhin wurde noch einmal betont, dass die Frage nach abgehängten Regionen nicht auf ländliche Regionen reduziert werden kann, auch etwa im Ruhrgebiet finden sich seit Jahrzehnten abgehängte Teilräume. Auch hier macht das Beispiel Ruhrgebiet noch einmal deutlich, dass starke Differenzierungen auch innerhalb der Regionen bestehen, Vorsicht bei verallgemeinernden Zuschreibungen geboten ist.

Auch die Rolle von Region als Handlungsebene wurde in der Diskussion noch einmal aufgegriffen. Hervorgehoben wurde noch einmal, dass kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen realen und wahrgenommenen Ungleichheiten besteht. Die kulturellen und sozialen Prozesse, die zur Verdichtung von demokratiefeindlichen Einstellungen und Handlungsperspektiven führen, bedürfen weitergehender Studien. In gestaltender Perspektive wird die Region als Ort der Beteiligung und der Selbstertüchtigung immer wichtiger. Dies hat Konsequenzen auch für die Gestaltung regionaler und lokaler Projekte, die weniger auf experimentelle Nischen und mehr auf breite Beteiligung und auf gesellschaftliche Durchdringung und Verstetigung abzielen sollten.